



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER



Jahresbericht 2013

Eine Stimme für Verfolgte.

Inhalt

- 3 Editorial**
- 4 GfbV-Kampagnen und -Projekte**
- 16 Leistungsbericht Finanzen**
- 17 Bilanz und Erfolgsrechnung**
- 18 Rechnung über die Veränderung des Kapitals 2013**
- 19 Anhang zur Jahresrechnung 2013**
- 22 Team 2013**
- 23 Vorstand 2013**

Titelfotos (von oben links nach unten rechts): Callum Macrae an der Vorführung seines Dokumentarfilmes «The Killing Fields of Sri Lanka» am 3. September 2013 in Bern (Foto: Daphna Paz); Spektakuläre Banner-Aktion der GfbV am 25. April 2013 bei der Eröffnung der Baselworld (Foto: Philipp Reynolds); Protestaktion der NGO-Koalition «Recht ohne Grenzen» am World Economic Forum WEF in Davos vom 25. Januar 2013 (Foto: Recht ohne Grenzen); Polizeiaufgebot anlässlich eines Protestmarsches vom 20. August 2013 in Cajamarca, Peru (Foto: Golda Fuentes, flickr.com); Einreichung der Petition «Schutz, Aufklärung und Gerechtigkeit für Sri Lanka» am 14. November 2013 in Bern (Foto: Reto Moosmann); Umwelt- und Menschenrechtsaktivist Marco Arana an der Eröffnung der Baselworld am 25. April 2013 in Basel (Foto: Philipp Reynolds).

Editorial

Liebe Mitglieder und Sympathisierende der GfbV,

Was für ein Jahr! 2013 geht als Jahr voller Widersprüche in die Annalen der GfbV ein: Auf der einen Seite hatten wir grosse finanzielle Probleme auf Grund eines dreisten Diebstahls. Auf der anderen Seite waren wir in unserer Kampagnentätigkeit sehr erfolgreich.

In den ersten Wochen des Jahres mussten wir uns mit dem vollen Ausmass des Schadens auseinandersetzen, den ein früherer Mitarbeiter durch eine substanzielle Veruntreuung verursacht hat. Wir beschlossen eine Reihe von einschneidenden Massnahmen, um das Überleben der Organisation zu sichern. Wir mussten einer Mitarbeiterin kündigen, besetzten freie Stellen nicht, reduzierten die Arbeitspensen aller Mitarbeitenden, sparten im Bereich der Administration und konnten mit zwei Gläubigern grosszügige Abzahlungsmodalitäten vereinbaren. Verschiedene Personen stellten durch zinsfreie Darlehen unsere Liquidität sicher. Wir haben in dieser schwierigen Zeit viel Solidarität und Unterstützung erfahren. Das ermutigte uns und dafür möchten wir uns herzlich bei allen bedanken.

Es gab auch Lichtblicke: Mit unseren Kampagnen waren wir äusserst erfolgreich. Bei der Gold-Kampagne haben wir die menschenrechtlichen und ökologischen Probleme beim Goldabbau thematisiert. Der Druck unserer Kampagne auf Behörden, Politik, Raffinerien und Goldverarbeiter hat unter anderem dazu geführt, dass ab nächstem Jahr die Goldhandelsstatistik der Schweiz wieder offengelegt wird. Diese Transparenz ist eine wichtige Voraussetzung für die Beschaffung und den Handel mit sauberem Gold. Durch die Sri-Lanka-Kampagne haben wir erreicht, dass die Schweiz vorläufig keine Menschen mehr nach Sri Lanka zurückschickt – in ein Land, in dem Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Wir sind erleichtert, dass Asylsuchende aus Sri Lanka nun vorläufig in Sicherheit sind. Das sind handfeste Erfolge unseres Engagements. Das motiviert uns – auch für die Zukunft.

Aufwärts geht es auch mit den Finanzen. Wir schliessen die Jahresrechnung mit einem Überschuss von mehr als 400 000 Franken ab und haben somit bereits einen beträchtlichen Teil unserer Schulden zurückbezahlt. Wir setzen alles daran, bis Ende 2014 Jahr wieder schuldenfrei zu sein und sogar wieder Reserven aufgebaut zu haben. Wir werden beim Ausbau unserer Organisation mit Bedacht und behutsam vorgehen.

Zum Schluss bedanken wir uns herzlich bei allen, die unsere Aktivitäten durch ihre Spende ermöglicht haben und die uns auch in den schwierigen Zeiten treu geblieben sind.



Ruth-Gaby Vermot-Mangold
Präsidentin



Christoph Wiedmer
Geschäftsleiter

Erster Erfolg auf dem Weg zu sauberem Gold

Beim industriellen Goldabbau kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung. Die Schweiz als weltweit wichtigste Golddrehscheibe steht deshalb in der Verantwortung.

Weltweit hat der Ruf des Goldes als sichere Investition in unsicheren Zeiten einen wahren Goldrausch ausgelöst. Der Goldpreis hat sich in den letzten zehn Jahren zwischenzeitlich vervierfacht. Als Folge davon wird Gold auch in Gebieten abgebaut, wo Gold im Boden nur in Spuren vorkommt. Mit fatalen Folgen: In den Goldabbaugebieten werden ganze Landstriche

abgetragen. Während die multinationalen Bergbaukonzerne riesige Gewinne erzielen, sieht sich die ansässige Bevölkerung mit den Schattenseiten des Goldabbaus konfrontiert: Menschenrechtsverletzungen, soziale Konflikte und Umweltverschmutzung.

Die Schweiz spielt im Handel und in der Verarbeitung von Gold eine zentrale Rolle. Ein grosser Teil des Goldes, das in den Minen in aller Welt gefördert wird, landet in der Schweiz. Gleich vier Schweizer Raffinerien – die Metalor Group SA in Neuenburg, Valcambi SA in Balerna, PAMP SA in Castel San Pietro und Argor Heraeus SA in Mendrisio – gehören zu den neun grössten Raffinerien der Welt. Zusammen verarbeiten sie etwa 50 Prozent des weltweit gehandelten Goldes.

Schwerpunkt rund um die BaselWorld

Im Jahr 2013 nahm die im Dezember 2012 lancierte GfbV-Kampagne «No dirty Gold!» Fahrt auf. Mit seriösen Recherchen, medienwirksamen Aktionen und Podiumsdiskussionen hat die GfbV die Schweizer Goldindustrie aufgefordert, ihre Verantwortung wahrzunehmen und Umwelt- und Menschenrechtsstandards einzuhalten. Am 25. April, am Tag der Eröffnung der Schmuck- und Uhrenmesse «BaselWorld», hat die GfbV mit einer spektakulären Banner-Aktion auf Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung beim Goldabbau aufmerksam gemacht. Die GfbV forderte die Schmuck- und Uhrenproduzenten auf, künftig kein Gold mehr zu verwenden, bei dessen Abbau die Menschenrechte verletzt werden und die Umwelt verschmutzt wird.

Auf Einladung der GfbV weilte während der BaselWorld der peruanische Menschenrechts- und Umweltaktivist Marco Arana in der Schweiz und führte Gespräche mit dem Aussendepartement (EDA), dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sowie der Tessiner Goldraffinerie Valcambi. In einem Bericht zeigte die GfbV die Verwicklung zweier Schweizer Goldraffinerien in heikle Goldkäufe in Peru auf. Die GfbV-Kampagne konnte 2013 einen ersten Erfolg verbuchen: Im Dezember kündigte der Bundesrat an, die Goldhandelsstatistik ab 2014 wieder offen zu legen. Damit erfüllt er eine Forderung der GfbV nach mehr Transparenz – ein wichtiger Schritt hin zu sauberem Gold.



Foto: Screenshot SRF, 10VOR10

Grosses mediales Interesse an der spektakulären Banner-Aktion der GfbV (10VOR10 vom 25. April 2013)



Marco Arana an der BaselWorld

Der ehemalige Priester Marco Arana (auf dem Foto anlässlich der Eröffnung der weltweit grössten Uhren- und Schmuckmesse BaselWorld) kämpft seit über 20 Jahren für den Schutz der Lebensgrundlagen der bäuerlichen und indigenen Bevölkerung in der Region Cajamarca und versucht, die Betreiber von Südamerikas grösster Goldmine Yanacocha für eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen zur Rechenschaft zu ziehen. 2002 war Marco Arana Mitbegründer der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Grufides. Grufides unterstützt Bauern in ihrem Kampf.

Der Rohstoffhunger von multinationalen Konzernen

Internationale Konzerne sind in den Rohstoffabbaugebieten immer wieder mit dem Protest der Zivilbevölkerung konfrontiert. In Peru haben Rohstofffirmen deshalb Verträge über «Sicherheitsdienstleistungen» mit der nationalen Polizei abgeschlossen. Diese verliert so ihre Unabhängigkeit. Ein hohes Gut steht auf dem Spiel.

Im Dezember veröffentlichte die GfbV ihren Bericht «Polizei im Solde der Rohstofffirmen». Recherchen der GfbV haben gezeigt, dass in Peru zahlreiche (internationale) Rohstofffirmen meist geheime Verträge mit der Nationalpolizei abgeschlossen haben. Die Verträge regeln sogenannte «ausserordentliche zusätzliche Dienstleistungen», welche die Sicherheitskräfte gegen Bezahlung zugunsten der privaten Firmen erbringen. Diese wiederum stellen den Truppen Fahrzeuge, Unterkunft, Verpflegung und Ausrüstung zur Verfügung. Die Polizisten werden für ihren Einsatz von der privaten Firma entschädigt. In Peru gibt es mindestens 13 solche Sicherheitsverträge. Unklar ist, ob auch in anderen Ländern Südamerikas ähnliche Vertragskonstrukte bestehen.

Sicherheitsverträge mit Folgen

In Peru sind in den letzten zwei Jahren bei Protesten gegen Gold- und Rohstofffirmen mindestens acht Menschen getötet worden; fünf bei den Protesten vom Juli 2012 gegen die Erweiterung der Mine Yanacocha in Cajamarca, drei bei Demonstrationen gegen die Kupfermine Tintaya (die Mine gehörte zum damaligen Xstrata-Konzern). Recherchen der GfbV haben gezeigt, dass zum fraglichen Zeitpunkt sowohl in Cajamarca als auch in Tintaya ein vertragliches Verhältnis zwischen den betroffenen Minenunternehmen und der peruanischen Nationalpolizei bestand. Die GfbV forderte bei der Publikation ihres Berichtes die peruanische Regierung und die Minenbetreiber auf, die Verträge umgehend zu annullieren, da sie die Unabhängigkeit und Neutralität der Sicherheitskräfte massiv beeinträchtigen.

Die geheimen Verträge stehen in starkem Widerspruch zu den «Voluntary Principles on Security and Human Rights». Die Voluntary Principles, welche auch von der Schweiz unterschrieben wurden, haben zum Ziel, ZivilistInnen vor Übergriffen von staatlichen und privaten Sicherheitskräften im Zusammenhang mit dem Rohstoffabbau zu schützen. In ihrem Bericht legte die GfbV dar, dass die Wirkung der Voluntary Principles äusserst beschränkt ist. Die GfbV forderte deshalb von der Schweizer Regierung, welche derzeit die Voluntary Principles präsidiert, sich für strengere Kriterien und mehr Verbindlichkeit einzusetzen sowie eine Sorgfaltspflicht für multinationale Unternehmen gesetzlich zu verankern.



Foto: Golda Fuentes, flickr.com

Grosses Sicherheitsaufgebot bei einer Demonstration gegen die Goldmine Yanacocha

Klare Regeln für Schweizer Konzerne. Weltweit.

Immer wieder geraten Schweizer Unternehmen in die Schlagzeilen, weil sie durch ihre Tätigkeit im Ausland Menschenrechtsverletzungen begehen resp. begünstigen oder die Umwelt verschmutzen. Die GfbV fordert deshalb im Rahmen der NGO-Koalition «Recht ohne Grenzen» klare Regeln für Schweizer Unternehmen.

Eine NGO-Koalition, der auch die GfbV angehört, fordert mit ihrer Kampagne «Recht ohne Grenzen» klare Regeln für Schweizer Konzerne. Freiwillige Initiativen zur sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen können Verstösse gegen die Menschenrechte und die Zerstörung der Umwelt nicht verhindern. Deshalb muss die Selbstregulierung mit einem rechtsverbindlichen Rahmen weiterentwickelt werden.

Die NGO-Koalition «Recht ohne Grenzen» hatte 2012 eine Petition mit mehr als 135 000 Unterschriften eingereicht. Der Nationalrat hat den Bundesrat aufgefordert, einen rechtsvergleichenden Bericht über die Sorgfaltspflicht der Unternehmen zu erstellen. Noch ausstehend ist ein definitiver Entscheid des Ständerates: Dieser hatte die aussenpolitische Kommission der kleinen Kammer (APK-S) am 20. Juni 2013 beauftragt, eine Initiative oder einen Vorstoss im Sinne der Petition auszuarbeiten. Die aussenpolitische Kommission hat das Geschäft nun vorläufig sistiert.

Noch ist unklar, ob auf dem parlamentarischen Weg eine Verbesserung erzielt werden kann. Deshalb prüft die NGO-Koalition die Lancierung einer Eidgenössischen Volksinitiative. Damit hätte das Schweizer Stimmvolk das letzte Wort.



Sri Lanka: Schweiz stoppt Rückschaffungen nach Bekanntwerden von Folterfällen

Mehr als vier Jahre nach dem Ende des Krieges weigert sich die srilankische Regierung weiterhin, die Kriegsverbrechen aufzuklären. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung. Oppositionelle, Medienschaffende, Mitglieder der tamilischen Minderheit und insbesondere Rückkehrende aus Europa sind besonders oft Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Auch die Schweizer Migrationsbehörden haben den Meldungen zur Menschenrechtssituation zu wenig Glauben geschenkt: Erst nach der Veröffentlichung des GfbV-Berichts «Bei Ankunft Folter» handelte das Bundesamt für Migration.

Die GfbV und andere Menschenrechtsorganisationen haben schon seit Langem gewarnt, dass Tamilen, welche von europäischen Migrationsbehörden nach Sri Lanka zurückgeschickt werden, einem hohen Risiko ausgesetzt sind. Sie stehen bei den srilankischen Behörden nämlich unter dem Generalverdacht, Mitglied der Tamil Tigers (LTTE) zu sein resp. mit diesen kollaboriert zu haben. Die GfbV hat das Schweizer Bundesamt für Migration (BFM) schon seit 2011 gewarnt und gefordert, auf Grund der prekären Menschenrechtssituation vorläufig keine Menschen mehr nach Sri Lanka zurückzuschicken – ohne Erfolg: Im November 2012 sagte das BFM, ihm seien keine Folterfälle bekannt. Und noch im Juli 2013 sagte ein BFM-Sprecher in der Tageschau des Schweizer Fernsehens, Rückschaffungen nach Sri Lanka seien vertretbar. Erst nach-

dem die GfbV Anfang September in einem Bericht zwei Folterfälle publik gemacht hatte und gemeinsam mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe und Amnesty International eine Kampagne lanciert hatte, handelte das BFM und verhängte einen vorläufigen Rückschaffungsstopp.



Petition für sofortigen Wegweisungsstopp

Gemeinsam mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe und Amnesty International lancierte die GfbV die Petition «Schutz, Aufklärung und Gerechtigkeit für Sri Lanka», mit der die Unterzeichnenden einen sofortigen Verzicht auf Wegweisungen nach Sri Lanka verlangten. Innerhalb von gut zwei Monaten haben mehr als 25 000 Personen diese Petition unterzeichnet. Ein deutliches Zeichen an die Migrationsbehörden, ihre Wegweisungspraxis zu überdenken.

Foto: Reto Moosmann, GfbV

Die GfbV ist erleichtert, dass Asylsuchende, deren Asylgesuch abgelehnt wurde und mit einer Abschiebung nach Sri Lanka hätten rechnen müssen, nun vorläufig in Sicherheit sind. Um auch in Zukunft willkürliche Verhaftungen und Folter zu vermeiden, müssen Ausschaffungen nach Sri Lanka grundsätzlich überdacht und die Verhandlungen mit Sri Lanka über ein Rückübernahmeabkommen gestoppt werden.

GfbV zeigt in der Berner Cinématte den Dokumentarfilm «No Fire Zone: The Killing Fields of Sri Lanka»

Am 3. September 2013 zeigte die GfbV gemeinsam mit der Schweizerischen Flüchtlingshilfe und Amnesty International in Bern im Beisein des Regisseurs Callum Macrae den Film «No Fire Zone: The Killing Fields of Sri Lanka». Der Film des britischen Regisseurs dokumentiert die letzten Monate des Krieges in Sri Lanka anhand von Aufnahmen, die während der Ereignisse gemacht wurden. Ergänzt werden die Bilder mit Interviews von ZeugInnen und Opfern. Der vom britischen Fernsehsender Channel 4 mitproduzierte Film ist nur schwer erträglich, aber ein wichtiges Dokument der mutmasslichen Kriegsverbrechen, die von der srilankischen Armee und den Tamil Tigern in den letzten Monaten des Krieges 2009 begangen wurden.

An der Uno in Genf wurde der Film bereits im März 2013 gezeigt. Der srilankische Botschafter hatte im Vorfeld erfolglos zu verhindern versucht, dass der Film gezeigt wurde. Er forderte, dass den beiden Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch, welche die Filmvorführung organisierten, die Akkreditierung bei der Uno entzogen wird.



Regisseur Callum Macrae bei der Vorführung seines Filmes «No Fire Zone: The Killing Fields of Sri Lanka» am 3. September in der Berner Cinématte.

«Traumferien» auf dem Schlachtfeld

Miserable Menschenrechtssituation und Weigerung der srilankischen Regierung zum Trotz: Der britische Reisebuchverlag «Lonely Planet» hat Sri Lanka zur Top-Reisedestination 2013 gekürt. Das ist in mehrerer Hinsicht problematisch. Die GfbV kritisierte «Lonely Planet» deshalb und konnte einen Teilerfolg verbuchen.

Seit November 2012 wirbt die srilankische Armee für den neu erstellten Hotelkomplex «Lagoon's Edge» im Norden Sri Lankas. Das Resort liegt direkt an den «Killing Fields», einem Gebiet von 14 Quadratkilometern, wo in den letzten blutigen Monaten des Krieges hunderttausende Menschen zusammengepfertcht waren und laut Schätzung der UNO mindestens 40 000 ZivilistInnen ihr Leben verloren haben. Wer im «Lagoon's Edge» absteigt, macht also quasi Ferien auf dem Schlachtfeld.

Weil Sri Lanka international isoliert ist, forciert die Regierung Sri Lankas Image als Ferienparadies. Der Reisebuchverlag «Lonely Planet» liess sich offensichtlich von der Propaganda beeindrucken und ernannte Sri Lanka zur Top-Reisedestination 2013. Das ist höchst problematisch: Touristen, welche Sri Lanka besuchen, laufen Gefahr, mutmassliche Kriegsverbrecher zu unterstützen, denn die Armee tritt als Reiseveranstalterin auf und betreibt beispielsweise die Airline «Heliotours».

Auch das aktuelle Reisehandbuch von «Lonely Planet» zu Sri Lanka weist gravierende Mängel auf: Mehrmals verweist «Lonely Planet» auf Helitours, ohne die Vermischung von Armee und privatem Unternehmen kritisch zu hinterfragen. Im Hintergrundkapitel schreibt «Lonely Planet», der Krieg in Sri Lanka sei beendet – auf die prekäre Menschenrechtssituation wird mit keinem Wort eingegangen. Die GfbV hat «Lonely Planet» mit den Vorwürfen konfrontiert und kann bereits einen ersten Erfolg verbuchen: «Lonely Planet» hat angekündigt, die Neuauflage des Sri-Lanka-Reiseführers vorzuziehen und auf die aktuellen Entwicklungen in Sri Lanka hinzuweisen.



Staatspräsident Mahinda Rajapaksa bei der Eröffnung des «Lagoon's Edge» Ende November 2012.

Foto: Lagoon's Edge (Facebook)

Mehr Power dank Capacity Building

Mit «Capacity Building» befähigt die GfbV junge Menschen, selbst Verantwortung zu übernehmen. Die GfbV hat einerseits ein «Capacity Building» für junge TamilInnen in der Schweiz, andererseits auch ein Empowerment-Programm im Kosovo mit dem Titel «Aktiv für unsere Rechte» durchgeführt.

Für junge Tamilinnen und TAMILen in der Schweiz hat die GfbV im Frühling 2013 das Capacity-Building-Projekt «Fit for Action» erfolgreich abgeschlossen. Mit knapp 50 000 Personen lebt in der Schweiz eine der weltweit grössten Diaspora-Gemeinschaften srilankischer Herkunft. Gut ein Drittel von ihnen ist in der Schweiz geboren und gehört damit zur zweiten Generation. An sie richtete sich das GfbV-Programm «Fit for Action». Zehn famili-

sche Secondas und Secondos im Alter zwischen 18 und 25 Jahren haben zwischen April 2012 und Mai 2013 an insgesamt 13 Inputtreffen und Workshops teilgenommen. Im Rahmen des Trainings behandelten sie Themen wie politische Partizipation, Networking, Projektmanagement, Mobilisierung, Mediation oder Führung. Sie erwarben dabei Schlüsselkompetenzen sowohl für ihre gesellschaftliche Integration als auch für die politische Partizipation.

Das Projekt befähigte die Jugendlichen innerhalb der tamilischen Diaspora und in der Schweizer Öffentlichkeit eine aktive Rolle zu übernehmen. Neben den «offiziellen» Projektaktivitäten haben sich die Teilnehmenden auch privat getroffen und ausgetauscht. So ist in den 14 Monaten eine dynamische Gruppe entstanden, die über das Projektende hinaus aktiv bleibt. Die Jugendlichen beteiligten sich engagiert an der GfbV-Sri-Lanka-Kampagne und kamen auch in der Radiosendung «Grüezi und Wanakam – junge TAMILen auf Identitätssuche» (Sendung «Kontext» vom 22. Juli auf SRF 2) zu Wort.

Mit Empowerment gegen Diskriminierung im Kosovo

Etliche Förderprogramme zu Gunsten der Roma im Kosovo laufen ins Leere, weil die Bedürfnisse der Roma selbst zuwenig berücksichtigt werden. Gemeinsam mit Roma vor Ort hat die GfbV deshalb das Empowerment-Programm «Aktiv für unsere Rechte» entwickelt. Eine junge Roma-Generation soll durch gezieltes Empowerment dazu befähigt werden, Strukturen und Netzwerke aufzubauen, um ihre Rechte selbst einfordern zu können. Junge, aktive Roma bringen sich in ihrer Gemeinde, in ihrer Region oder auf nationaler Ebene ein. Diskriminierungen und Vorurteile gegenüber den Roma nehmen ab. Die Roma-Gemeinschaft profitiert von der erfolgreichen Einflussnahme der jungen Generation. Das ist insbesondere im Kampf gegen die Armut der Roma ein wichtiger erster Schritt.

Die GfbV führt das Empowerment-Programm «Aktiv für unsere Rechte» auch 2014 weiter.

Antiziganismus ist in Europa weitverbreitet

Roma, Ashkali und Ägypter (RAE) sind eine der am stärksten diskriminierten Volksgruppen in Europa. Sehr ausgeprägt sind die Diskriminierungen auch im Kosovo. Die GfbV fordert deshalb einen Wegweisungsstopp.

Seit 2010 besteht zwischen der Schweiz und dem Kosovo eine Migrationspartnerschaft. Dadurch wird die Rückübernahme von abgewiesenen Asylsuchenden an entwicklungspolitische Forderungen geknüpft. Die GfbV begleitet die Migrationspartnerschaft seit Beginn kritisch. In einem Bericht vom März 2013 kommt die GfbV zum Schluss, dass der junge Staat Kosovo

die menschenwürdige Reintegration nicht gewährleisten kann und damit zentrale Vereinbarungen der Migrationspartnerschaft verletzt. Die GfbV forderte deshalb, auf die Rückführung von Roma in den Kosovo vorläufig zu verzichten. Der Bericht geht dem Schicksal von fünf ausgewählten Romafamilien nach, welche zwischen 2010 und 2012 in den Kosovo zurückgeschafft wurden. Dort wurden sie sich selber überlassen. Die Mehrzahl der Kinder hat einen Grossteil ihres Lebens in der Schweiz verbracht, sie sprechen kaum Albanisch.

Antiziganismus und Schweizer Medien

Das Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) hat im Auftrag der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) im Dezember eine Studie zu Antiziganismus in den Schweizer Medien veröffentlicht. Diese kommt zum Schluss, dass in rund der Hälfte der analysierten Berichte Pauschalisierungen verwendet werden. In jedem achten Beitrag über Roma und Jenische sind die Pauschalisierungen klar negativ und somit diskriminierend. Untersucht wurde die Berichterstattung in Schweizer Leitmedien zwischen 2005 und 2012. In der Inlandberichterstattung werden Roma und Jenische in erster Linie im Zusammenhang mit delinquentem oder als störend empfundenem Ver-

Kein Wasser für Roma in Ozd

Im August 2013, mitten in der Hitzeperiode, haben die Behörden der ungarischen Stadt Ozd in den Roma-Quartieren die Wasserversorgung unterbrochen. Begründet haben die Behörden von Ozd die diskriminierende Massnahme damit, dass die Roma das Wasser verschwenden würden.

Die Schweiz finanziert mit Mitteln aus der Kohäsionsmilliarde die Modernisierung der Wasserversorgung von Ozd. Die GfbV hat deshalb die Schweizer Behörden aufgefordert, die Vorwürfe selbst vor Ort abzuklären und gegebenenfalls diplomatisch zu intervenieren. Für die GfbV ist klar, dass bei Schweizer Hilfsprojekten sichergestellt sein muss, dass insbesondere diskriminierte Minderheiten von den Projekten profitieren.



halten wie Bettelei, Kriminalität oder Prostitution thematisiert. Dies prägt die öffentliche Wahrnehmung von Roma und Jenischen auf sehr problematische Weise.

GfbV-Veranstaltungsreihe zu Vorurteilen

Anhand einer kleinen Veranstaltungsreihe im Frühling thematisierte die GfbV die Stereotypisierung von Roma in der Schweiz, so zum Beispiel mit der Podiumsdiskussion «Organisierte Roma-Bettelbanden – Mythos oder Realität» mit dem Lausanner Soziologen Jean-Pierre Tabin oder der Vorführung des Films «Natasha» in Anwesenheit der Regisseurin Ulli Gladik.



Freihandel trotz Menschenrechtsverletzungen

Der globale Freihandel im Rahmen der WTO ist gescheitert. Deshalb versuchen derzeit viele Länder, sich mit bilateralen Freihandelsabkommen einen privilegierten Zugang in Zukunftsmärkte wie China, Russland oder Indien zu sichern. Ganz vorne mit dabei im Wettrennen um Freihandelsabkommen ist auch die Schweiz. Dabei bleiben die Menschenrechte auf der Strecke – die Schweiz betreibt ein eigentliches «Menschenrechtsdumping».

Ein Freihandelsabkommen ohne griffige Menschenrechtsklausel gibt es beispielsweise mit der Volksrepublik China: Nach zweieinhalbjährigen Verhandlungen hat die Schweiz im Juli 2013 das Abkommen unterzeichnet. Menschenrechte sind im über 1000-seitigen Vertragswerk kein Thema. Damit ist klar: Auch Produkte, welche in China in Zwangsarbeitslagern oder durch Kinderarbeit produziert werden, sind künftig auf dem Schweizer Markt durch das Freihandelsabkommen besser gestellt. Wirksame Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten, um dies zu verhindern, sieht das Abkommen keine vor.

Um den Abschluss des Abkommens mit China nicht zu gefährden, verzichtete der Bundesrat auf Kritik an der chinesischen Führung. Die Schweizer Regierung hat es 2013 sogar abgelehnt, den Dalai Lama zu Gesprächen zu empfangen.

Die GfbV als Mitglied der «China-Plattform» – einer Koalition von mehreren Nichtregierungsorganisationen – hat wiederholt auf die prekäre Menschenrechtssituation (siehe Kasten rechts) hingewiesen und gefordert, dass die Menschenrechte, die ILO-Kernarbeitsnormen und die Minderheitenrechte im Abkommen bekräftigt werden. Am Rande des WEF wurde Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann eine Petition mit 23 000 Unterschriften überreicht. Genützt hat es leider nicht: Im Dezember hat der Nationalrat als Erstrat dem Abkommen mit China zugestimmt – der Ständerat berät im März 2014 über das Abkommen. Offenbar gilt auch für den Nationalrat die Devise: «Profit vor Menschenrechten».

Bärendienst an den Menschenrechten

Das Abkommen mit der Schweiz hat für die chinesische Seite vor allem Modellcharakter: Wer auch immer künftig mit China über ein Freihandelsabkommen verhandeln will, wird nicht um das schweizerisch-chinesische Abkommen herumkommen. Das Abkommen mit der Schweiz setzt weitere Länder – insbesondere die EU – unter Druck, ähnliche Abkommen zu akzeptieren. Will heissen: Ein Abkommen ohne Menschenrechtsklausel.

Es ist deshalb mehr als bedauerlich, dass es die Schweiz verpasst hat, einen guten Standard in Bezug auf die Menschen-, Arbeits- und Minderheitenrechte zu setzen. Die Schweiz setzt sich international dem berechtigten Vorwurf aus, die Bestrebungen anderer Länder für die Verbesserung der Menschenrechtssituation in China zu unterminieren.

Freihandel mit Russland

Ebenfalls sehr weit fortgeschritten sind die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Russland. Konkret verhandelt die Schweiz ge-

meinsam mit den Efta-Staaten seit einiger Zeit über ein Freihandelsabkommen mit Russland. Für die GfbV ist klar: Ein Abkommen mit Russland kommt nur in Frage, wenn darin verbindliche Vereinbarungen über die Menschenrechte enthalten sind. Darin soll festgehalten werden, dass im Falle von Verstössen Massnahmen ergriffen werden können. Der Umgang mit MenschenrechtsaktivistInnen, kritischen JournalistInnen, Minderheiten und Mitgliedern der politischen Opposition ist in Russland weiterhin besorgniserregend. Im Vorfeld der Olympischen Spiele in Sotschi hat die Repression noch einmal zugenommen. Zudem weigert sich Russland weiter, seine Rolle bei den schweren Kriegsverbrechen während der Tschetschenienkriege aufzuarbeiten. Russland verfolgt diesbezüglich eine Strategie der Straflosigkeit. Das verhindert einen echten und langfristigen Frieden im Nordkaukasus.

Freihandel auch mit der «letzten Diktatur Europas»?

Doch es kommt noch schlimmer: Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen wurden auf die Länder der russischen Zollunion, das heisst Weissrussland und Kasachstan, ausgeweitet. Die Efta-Staaten sind von der russischen Delegation nach Beginn der Verhandlungen vor die Wahl gestellt worden: Entweder ein Freihandelsabkommen mit der russischen Zollunion oder kein Freihandelsabkommen. Weissrussland gilt unter westlichen Beobachtern als «letzte Diktatur Europas»: Das Land wird seit 1994 autokratisch von Staatspräsident Alexander Lukaschenko geführt. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäusserung und das Versammlungs- und Demonstrationsrecht sind kaum gewährleistet. Laut internationalen Menschenrechtsorganisationen werden MenschenrechtsaktivistInnen, GewerkschafterInnen, UmweltaktivistInnen und Angehörige sexueller Minderheiten verfolgt. Und: Weissrussland ist das letzte Land Europas, das die Todesstrafe vollstreckt.

Die GfbV wird auch 2014 weiter dafür kämpfen, dass es keinen schweizerischen Freihandel gibt mit Ländern, welche die Menschenrechte auf krasseste Art und Weise verletzen.

China verletzt weiterhin die Menschenrechte

An der Menschenrechtslage China hat sich auch unter der neuen chinesischen Führung nichts geändert. Das Reich der Mitte macht fast täglich Schlagzeilen wegen gravierenden Menschenrechtsverletzungen. China vollstreckt weltweit die meisten Todesurteile und Minderheiten wie die TibeterInnen oder UigurInnen werden weiterhin brutal unterdrückt.

Aus Verzweiflung und aus Protest gegen die Diskriminierung haben sich in den letzten fünf Jahren mehr als 100 Tibeterinnen und Tibeter angezündet. China reagiert mit massiver Repression auf jegliche Forderungen nach mehr Selbstbestimmung. Betroffen von der Politik der Unterdrückung sind auch die Uiguren in der Region Ostturkestan. Dort hat die Gewalt letztes Jahr massiv zugenommen.

Auch die Arbeitsbedingungen in China sind katastrophal. Schätzungsweise vier Millionen ZwangsarbeiterInnen produzieren konkurrenzlos billige Produkte. Diese sind dank dem Freihandelsabkommen künftig auf dem Schweizer Markt besser gestellt. Unabhängige Gewerkschaften sind in China nicht zugelassen.

Leistungsbericht Finanzen

Die Haupttätigkeit der GfbV besteht aus Informations-, Kampagnen- und Projektarbeit. Die GfbV führt nur ausnahmsweise humanitäre Projekte durch. Für die Durchführung ihrer Arbeit ist die GfbV auf eine genügend grosse Anzahl von Mitgliedern und Spenderinnen und Spendern angewiesen. Im Jahre 2013 hat die GfbV insgesamt 588 838.75 Franken in die Mittelbeschaffung investiert. Die Mitgliederwerbung – eine wichtige Massnahme zur Mittelbeschaffung – dient gleichzeitig der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gemäss Vereinszweck. Neue Mitglieder werden vor allem mit Standaktionen auf der Strasse angeworben. Ende 2013 hatte die GfbV rund 12 240 aktive Mitglieder. Dies entspricht einer leichten Zunahme gegenüber dem Vorjahr.

Der Vorstand traf sich 2013 sechs Mal und leistete insgesamt rund 300 unentgeltliche Stunden für die GfbV.

Mitglieder des Vorstandes sind: Ruth-Gaby Vermot-Mangold (Präsidentin, gewählt bis 2015), Göpf Berwerger (Vizepräsident, gewählt bis 2015), Paolo Wegmüller (gewählt bis 2014), Sybille Oetliker (gewählt bis 2014), Sonja Beeli-Zimmermann (gewählt bis 2014), Urs Zschokke (gewählt bis 2014), Josef Lang (gewählt bis 2014), Thomas Huonker (Rücktritt 2013).

Bei der GfbV arbeiteten insgesamt 7 festangestellte Personen, eine davon als Lernender.

	2013	2012
Personalaufwand in CHF	528 562.65	839 318.15
Stellenprocente GfbV (Ende Jahr)	420 %	880 %
Anzahl Mitarbeitende	7	12

Im Verlaufe des Jahres 2013 haben fünf Praktikantinnen in der Regel jeweils sechs Monate zu 60 Prozent bis 80 Prozent für die GfbV gearbeitet. Dies entspricht rund 3000 Stunden Freiwilligenarbeit. Die umfangreiche Arbeit der GfbV kann nicht geleistet werden ohne den wertvollen Einsatz unserer zahlreichen PraktikantInnen. Diese wurden lediglich mit einer Spesenentschädigung in der Höhe eines Monats-Generalabonnements entlohnt.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz ist die Schweizer Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Der Vereinszweck der GfbV Schweiz ist in Übereinstimmung mit der Zielsetzung der GfbV International. Im Jahre 2013 verzichtete die GfbV International auf einen Teil des Mitgliederbeitrages. Es wurden nur EUR 2000 anstatt EUR 10 000 bezahlt. Weitere Sektionen der GfbV International bestehen in Deutschland, in Österreich, in Südtirol/Italien, in Bosnien-Herzegowina und im Nordirak. In verschiedenen weiteren Ländern hat die GfbV Repräsentantinnen.

Die Kampagnen und Projekte wurden im Jahresbericht ausführlich beschrieben.

Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle bei allen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern, bei den Stiftungen und der öffentlichen Hand für die grosszügige Unterstützung. Ohne sie alle wäre unsere Arbeit nicht möglich – herzlichen Dank! Dem Vorstand, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Praktikantinnen und Praktikanten möchte die GfbV zudem ein herzliches Dankeschön aussprechen für ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte!

Bilanz per 31.12.2013

AKTIVEN	2013	2012
Flüssige Mittel	449 263.80	91 051.66
Forderungen	4 258.25	24 296.70
Aktive Rechnungsabgrenzung	43 833.84	7 425.60
Total Umlaufvermögen	497 355.89	122 773.96
Total Anlagevermögen	16 750.00	22 500.00
Total Aktiven	514 105.89	145 273.96

PASSIVEN	2013	2012
Kurzfristiges Fremdkapital	154 025.97	464 827.11
Passive Rechnungsabgrenzung	30 828.61	33 868.00
Langfristiges Fremdkapital	320 000.00	50 000.00
Total Fremdkapital	504 854.58	548 695.11
Total Fondskapital	49 439.68	51 757.79
Organisationskapital	-455 178.94	143 260.24
Jahresgewinn (+)/Jahresverlust (-)	414 990.57	-598 439.18
Total Eigenkapital	-40 188.37	-455 178.94
Total Passiven	514 105.89	145 273.96

Erfolgsrechnung 1.1. – 31.12.2013

ERTRAG	2013	2012
Verkaufsertrag	2 715.00	2 395.00
Mitgliederbeiträge und Spenden	893 994.93	848 315.48
Fundraisingerträge	704 409.50	602 390.29
Beiträge von Organisationen und öff. Hand	347 559.45	387 556.80
übriger Ertrag	1 480.30	0.00
Ertragsminderung		0.00
Total Ertrag	1 950 159.18	1 840 657.57

AUFWAND	2013	2012
Kampagnen und Projekte	497 706.73	953 730.32
Personalaufwand	340 362.00	393 906.11
Verwaltungsaufwand	102 057.71	90 676.69
Mittelbeschaffungsaufwand	588 838.75	511 419.50
Finanzerfolg	2 771.53	4 453.49
Abschreibungen	5 750.00	21 869.70
Fondsergebnis	-2 318.11	-158 014.92
Total Aufwand	1 537 486.72	1 818 040.89
Ordentliches Betriebsergebnis (Gewinn +/Verlust -)	414 990.57	22 616.68
Ergebnis ausserordentlicher Erfolg	0.00	-621 055.86
Jahresgewinn (+)/-verlust (-)	414 990.57	-598 439.18

Rechnung über die Veränderung des Kapitals 2013

	Anfangs- bestand	Erträge zweckge- bunden	Erträge freie Mittel GfBV	Interne Fonds- transfers	Verwendung (Aufwand)	Zugang/ Abgang	Endbestand
Mittel aus Eigenfinanzierung							
Organisationskapital	-455 178,94						-455 178,94
Jahresergebnis		414 990,57					414 990,57
Total Organisationskapital	-455 178,94						-40 188,37
Mittel aus Fondskapital							
Fonds Roma-Empowerment	0,00	6 501,35				6 501,35	6 501,35
Fonds Kongo	8 538,91				-8 538,91	-8 538,91	0,00
Fonds Archiv Tschetschien	21 532,63	19 197,45				16 197,45	37 730,08
Fonds Familien Capacity-Building	21 686,25				-16 478,00	-16 478,00	5 208,25
Total zweckgebundene Fonds	51 757,79	22 698,80	0,00	0,00	-25 016,91	-2 318,11	49 439,68

Anhang zur Jahresrechnung 2013

Allgemeine Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (Swiss GAAP FER) und dem schweizerischen Obligationenrecht. Die Jahresrechnung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Änderung der Stetigkeit der Darstellung und Bewertung

Gegenüber dem Vorjahr wurden keine wesentlichen Änderungen in der Darstellung vorgenommen. Das Anlagevermögen wird neu nicht mehr vom Buchwert, sondern aufgrund der voraussichtlichen Lebensdauer abgeschrieben.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Buchhaltung wird in Schweizer Franken geführt. Grundsätzlich gilt das Anschaffungs- bzw. Herstellkostenprinzip. Dieses richtet sich nach dem Grundsatz der Einzelbewertung von Aktiven und Passiven.

Kommentare Bilanz

Fremdwährungen

Die Verbuchung von Geschäftsfällen in EUR erfolgte zum Buchkurs von 1.22 Franken (Vorjahr: 1.22) Geldtransaktionen von oder an CHF-Konten wurden zum aktuellen Tageskurs gebucht. Geschäftsvorgänge in anderen Währungen wurden zum aktuellen Tageskurs umgerechnet. Die Bilanzierung der EUR- und USD-Guthaben per 31.12.2013 erfolgte wie im Vorjahr zum Steuerkurs der ESTV.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven beinhalten im Wesentlichen Forderungen gegenüber Sozialversicherungen sowie vorausbezahlte Miete und Projektsaläre.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst die Büroeinrichtung und EDV-Anlage. Abgeschrieben wird neu linear auf der Lebensdauer von 5 Jahren (Vorjahr: 50% des Buchwertes). Die Aktivierungsgrenze liegt bei 3000 Franken.

Der Brandversicherungswert der Sachanlagen beträgt 100 000 Franken (Vorjahr: 100 000 Franken).

	1.1.2012	Zugang	Abschreibung	31.12.2012
Mobilien, Einrichtung	3 000.00	0.00	1 500.00	1 500.00
EDV, IT	9 500.00	31 869.70	20 369.70	21 000.00

	1.1.2013	Zugang	Abschreibung	31.12.2013
Mobilien, Einrichtung	1 500.00	0.00	500.00	1 000.00
EDV, IT	21 000.00	0.00	5 250.00	15 750.00

Kurzfristiges Fremdkapital

Verpflichtungen gegenüber Fundraisingagenturen beinhaltet Provisionen aus Beträgen des Jahres 2013.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die bilanzierten Überstunden wurden pro Mitarbeiter einzeln berechnet. Der Geschäftsleiter verzichtete auf einen Teil seines Überstundenguthabens. Dieser Teil wurde nicht bilanziert.

Langfristiges Fremdkapital

Die Position langfristige Forderungen Fundraisingorganisationen beinhaltet Forderungen für Provisionen aus dem Jahr 2012.

Organisationskapital

Durch den Jahresgewinn konnte der Kapitalverlust des Vorjahres massiv reduziert werden. Er beträgt nun noch minus 40 188.37 Franken.

Bürgschafts-/Garantie-/Leasingverbindlichkeiten

Am Bilanzstichtag bestehen keine solchen Verbindlichkeiten.

Entschädigungen an leitende Organe

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten weder Sitzungsgelder noch Honorare.

Verbindung zu nahestehenden Organisation und Personen

Die GfbV-Schweiz ist eine Sektion der GfbV-International mit Sitz in Göttingen (D). Verbindungen zu anderen Organisationen bestehen nicht.

Ende 2012 wurden von Vorstands- und Geschäftsleitungsmitgliedern Darlehen von 50 000 Franken aufgenommen. Vom gleichen Personenkreis und von einer weiteren Person wurden 2013 zusätzliche Darlehen von insgesamt 90 000 Franken gewährt.

Kommentare Erfolgsrechnung

Beiträge von Organisationen und Stiftungen

	2013	2012
Green Cross, Projekt WADI	175 119.00	152 600.00
Fondations pro Victimis, Tschetschenien-Archiv	71 900.00	101 100.00
Fondations pro Victimis, Spende	50 000.00	0.00
Stiftung Volkart Vision, Spende	10 000.00	0.00
Ernst Göhner Stiftung, Capacity-Building Tamilen	0.00	10 000.00

Beiträge der öffentlichen Hand

	2013	2012
Bundesamt für Sozialversicherungen, Capacity-Building Tamilen	3 000.00	7 000.00
Bundesamt für Migration, Capacity-Building Tamilen	5 000.00	0.00
Kanton Bern, Lotteriefonds, Capacity-Building Roma	0.00	20 000.00

Indirekter Kampagnen- und Projektaufwand

Die Umlage des Personalaufwandes erfolgte aufgrund der Arbeitszeiterfassung der MitarbeiterInnen. Der Verwaltungsaufwand wurde analog umgelegt.

Verwaltungsaufwand: GfbV International

Für die GfbV International wurde ein Mitgliederbeitrag 2013 von EUR 2000 zurückgestellt (Vorjahr: 0.00).

Ausserordentlicher Erfolg

Der ausserordentliche Aufwand enthält Fehlbuchungen aus dem Vorjahr und periodenfremder Aufwand.

Auf das Konto «Stornierte Mitgliederbeiträge/Spenden Vorjahre» wurden nicht mehr einbringbare und falsch verbuchte Mitgliederbeiträge und Spenden aus den Vorjahren verbucht.

Aufwand Standaktionen Vorjahre: Provisionen an Fundraisingagenturen aus den Jahren 2010 und 2011. Die Provisionen waren in den Vorjahren nicht als Aufwand erfasst.

Auf das Konto «Ausserord. Aufwand Unregelmässigkeiten» wurden nicht geschäftsmässig begründeter Aufwand und Bezüge verbucht.

Situation Verein

Nach dem Bekanntwerden der mutmasslichen Veruntreuung im Dezember 2012 und der damit verbundenen schwierigen finanziellen Situation des Vereins, ist es im 2013 gelungen, mit massiven Einsparungen vor allem im Personalbereich und der grosszügigen Unterstützung unserer Mitglieder- und SympathisantInnen durch Spenden und Darlehen und dem Entgegenkommen der Gläubiger den Verein zu retten.

Die vollständige Jahresrechnung mit dem Revisionsbericht kann bei der GfbV bestellt oder auf der Website www.gfbv.ch/de/uber_uns/jahresbericht heruntergeladen werden.

Team 2013

Christoph Wiedmer, Geschäftsleiter

Erika Lerch, Leiterin Finanzen und Dienste

Angela Mattli, Leiterin Kampagnen und Projekte

Reto Moosmann, Leiter Kommunikation

Ruslan Bazgiev, Mitarbeiter Tchetchen Archive (bis Ende April 2013)

Christian Bosshard, Mitarbeiter Kommunikation (bis Ende September 2013)

Shoma Chatterjee Kilchhofer, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte (bis Ende März 2013)

Nina Frei, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte (bis Ende Mai 2013)

Elizabeth Ndungi Fräfel, Mitarbeiterin Finanzen und Dienste (bis Ende Mai 2013)

Dominic Rudolf, Auszubildender Finanzen und Dienste

Lisa Schirinzi, Mitarbeiterin Finanzen und Dienste

Eva Schmassmann, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte (bis Ende Februar 2013)

Zsuzsanna Zadori, Mitarbeiterin Tchetchen Archive

Ein herzliches Dankeschön!

Die GfbV dankt all den Personen ganz herzlich, welche bei der GfbV im Rahmen eines Praktikums oder als Freiwillige mitgearbeitet haben. Die Arbeit auf der Geschäftsstelle der GfbV unterstützt haben: Jessica Fuchs, Marianne Naeff, Nicole Pozzi, Noemi Weber und Meret Wullschleger.

Vorstand 2013

Ruth-Gaby Vermot-Mangold, Präsidentin
Ehemalige National- und Europarätin, Ethnologin

Göpf Berweger, Vize-Präsident
Ökonom, Gründungsmitglied GfbV

Sonja Beeli-Zimmermann
Projektleiterin Gerster Consulting, lic.phil.hum.

Thomas Huonker
Historiker, Ethnologe

Josef Lang
Ehemaliger Nationalrat, Historiker

Sybille Oetliker
Lic. phil. hist., Journalistin, ehemalige Bundeshaus- und Nahostkorrespondentin

Paolo Wegmüller
Finanzberater

Urs Zschokke
pensionierter Hausarzt

Mit der GfbV – für die Menschenrechte

Die Gesellschaft für bedrohte Völker GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich für verfolgte Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Die GfbV informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit in Menschenrechtsfragen und nimmt die Interessen von Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern wahr. Sie unterstützt nachhaltige, lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschen- und Minderheitenrechte.

Die thematischen Schwerpunkte der GfbV liegen beim Kampf gegen die Straflosigkeit und gegen die Auswirkungen von Rohstoffabbau auf indigene Völker und Minderheiten sowie beim Engagement für die Rechte von ethnischen Minderheiten.

Die GfbV Schweiz ist Mitglied der GfbV International. Als deren Mitglied hat sie beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO in Genf und beim Europarat in Strassburg. Die GfbV Schweiz ist institutionell unabhängig, arbeitet aber nach den Grundsätzen der GfbV International.

Werden Sie aktiv – unterstützen Sie uns!

Unser Engagement ist nicht möglich ohne Ihre Unterstützung. Mit Ihrer Mitgliedschaft oder mit Ihrer Spende unterstützen wir Minderheiten und indigene Völker in aller Welt. Herzlichen Dank!

Impressum

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen,

Tel: +41 (0)31 939 00 00, Fax +41 (0)31 939 00 19, E-Mail: info@gfbv.ch, Web: www.gfbv.ch

Spendenkonto: Berner Kantonalbank BEKB: IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1

Redaktion: Reto Moosmann, Jessica Fuchs, Erika Lerch **Layout:** Reto Moosmann